

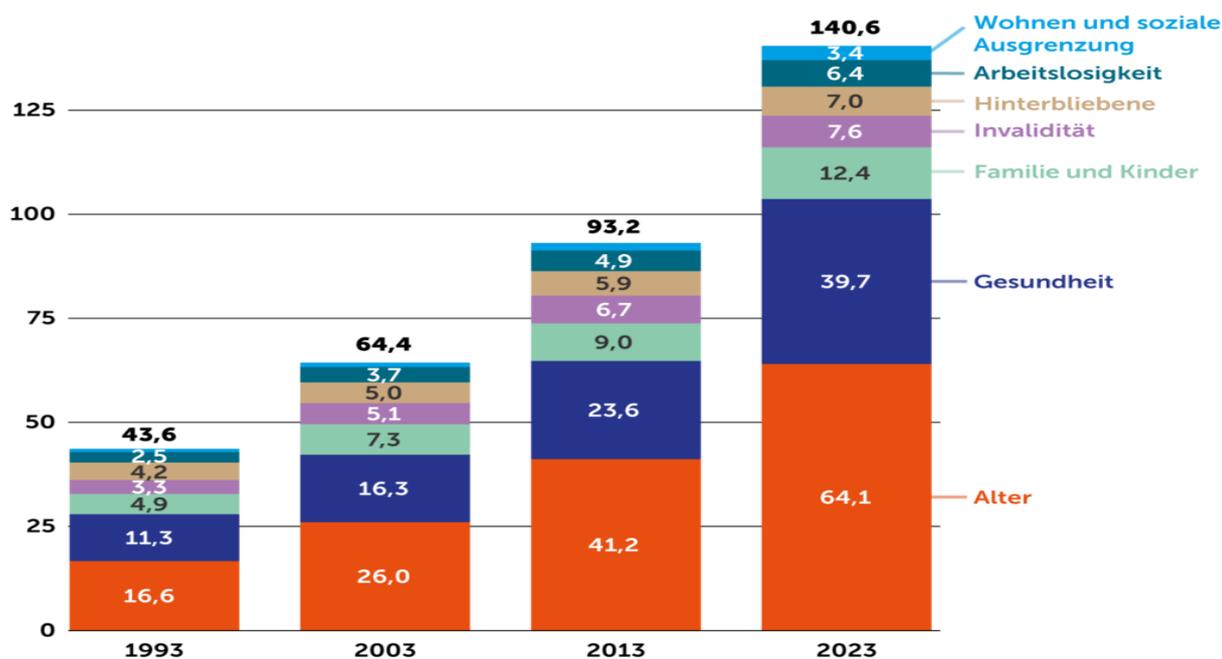
## Wie den Sozialstaat finanzierbar halten?

Wie den Lebensstandard in der Pension aufrechterhalten?

Österreich ist stolz auf seinen Sozialstaat. Das System bietet umfassende Absicherung für alle Bürger. Finanziert wird der Wohlfahrtsstaat im Wesentlichen durch die arbeitende Bevölkerung und dem rasant wachsenden Schuldenberg. Der **Sozialstaat verschlingt fast ein Drittel der heimischen Wirtschaftsleistung**. Im Jahr 2023 lagen die Sozialausgaben bei rund 145 Milliarden Euro. Damit haben sich diese Ausgaben in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, wie die folgende Graphik zeigt.

### So haben sich die Sozialausgaben entwickelt

– Entwicklung der Sozialleistungsausgaben nach Funktionen, in Millionen Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.  
Graphik Agenda Austria



Obige Graphik zeigt auch: Das **größte Problem des Sozialstaats sind die Pensionen**, die fast die Hälfte der Sozialausgaben verschlingen. Unser Pensionssystem wurde in einer Zeit konzipiert, in der es viele junge und wenige ältere Menschen gab. Daher wurde ein Umlagesystem eingeführt, bei dem die Auszahlungen an die wenigen Pensionisten durch Beiträge von vielen Erwerbstätigen finanziert werden. Mittlerweile hat sich das Bild deutlich gewandelt. Und der **demografische Wandel** – also die Veränderung der Bevölkerungs-Zusammensetzung – macht die Finanzierung immer schwieriger: Bis 2050 dürfte die Zahl der **über 65-Jährigen um mehr als 900.000 steigen**, während die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) um rund 270.000 sinken wird.

Gleichzeitig leben wir erfreulicherweise immer länger, **verbringen also mehr Lebenszeit in Pension als je zuvor**, weil wir noch immer so früh wie in den 1970er-Jahren in den Ruhestand gehen. Frauen waren damals durchschnittlich 18,5 Jahre in Pension. Heute sind es bereits 26 Jahre und bis 2060 werden es fast 30 Jahre sein. Bei Männern sind es heute im Schnitt etwas über 20 Jahre; bis 2060 wird sich dieser Wert auf 25 Jahre erhöhen.

Eine beeindruckende **Graphik, wie sich die Pensionsantritte und Pensionsdauer** seit den 1970-er-Jahren entwickelt haben, können Sie in unserem BAV-NL vom Dezember 2024 nachsehen, und zwar [hier...](#)

**„Kinder bekommen die Leute immer“ ...**

Kürzlich brachte DER STANDARD obiges Zitat des deutschen Kanzler Konrad Adenauer, der bei der Pensionsreform 1957 nicht an einen Geburtenrückgang glaubte. Dieses Zitat stimmt zwar grundsätzlich, aber die Anzahl der Kinder nahm in Deutschland und in Österreich ständig ab. Früher war das **Verhältnis etwa 4:1**, sukzessive führt die sinkende Geburtenrate bei gleichzeitiger Überalterung der westlichen Gesellschaften dazu, „dass immer weniger Erwerbstätige das immer teurer werdende Pensionssystem finanzieren müssen. Heute kommen auf einen Pensionisten noch 1,7 Erwerbstätige, im Jahr 2035 werden es weniger als 1,5 und im Jahr 2050 **weniger als 1,3 sein**“, schreiben die Agenda Austria-Ökonomen Dénes Kucsera und Carmen Tremel. Das staatliche Pensionssystem wird also **noch stärker unter Druck geraten**, sobald die zahlenmäßig große Gruppe der Babyboomer vollends in Pension gegangen ist.

**Wie kann das Pensions- bzw. das Sozialsystem Österreichs finanzierbar bleiben?**

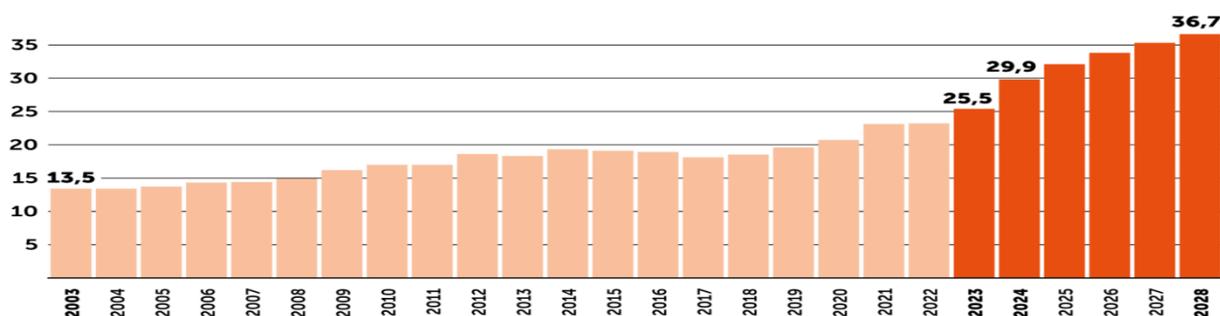
Wenn die heute Jungen nicht **nur eine Basisrente** erhalten sollen, muss man wohl an einigen Schrauben des Systems drehen. Viele Experten schlagen vor, dass man das gesetzliche **Pensionsantrittsalter an die gestiegene Lebenserwartung angleichen** sollte.

Laut Agenda Austria könnten hier die Niederlande als Vorbild dienen, wo der Pensionsantritt um vier Monate pro Jahr hinaufgesetzt wird, bis es bei 67 Jahren liegt. Danach soll das Antrittsalter automatisch an die Lebenserwartung gekoppelt werden, was derzeit einen Anstieg von rund zwei Monaten pro Jahr bedeuten würde. In **Dänemark wurde kürzlich das Pensionsantrittsalter sogar auf 70 erhöht**. Vermutlich wird auch in Österreich unter anderem eine Maßnahme wie die Berücksichtigung der Lebenserwartung erforderlich sein, um für alle einen fairen Ausgleich zu schaffen.

**Die Folge** obiger Fakten: Die stetige und schnell wachsende **Pensionslücke muss durch steigende Zuschüsse** aus dem Bundesbudget, also mit unserem Steuergeld, geschlossen werden. Dieser Zuschuss ist schon jetzt der größte Ausgabenposten des Staates und wird in den nächsten Jahren dramatisch ansteigen, wie die folgende Graphik zeigt.

**So hoch sind die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem**

– die Pensionskosten im Budget, in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, Alterssicherungskommission.

Anmerkung: Bei den Zuschüssen zu den Pensionen sind der Bundeszuschuss zu den ASVG-Pensionen und die Pensionen der Beamten inkludiert. Die Werte ab 2023 sind Prognosewerte.



Graphik: Agenda Austria, basierend auf Daten der Alterssicherungskommission

### Wie die Österreicher:innen zu Reformmaßnahmen bei Pensionen stehen?

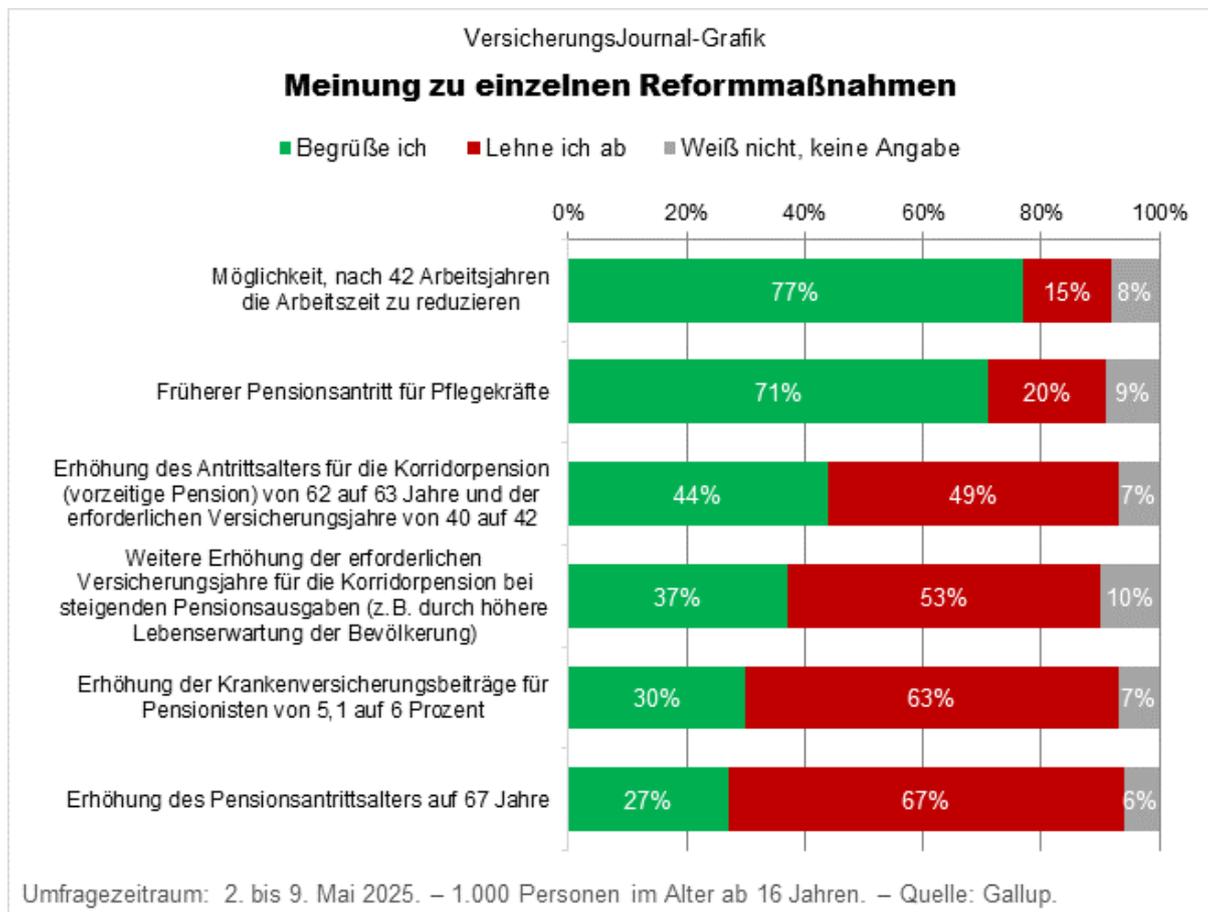
Dass die Österreicher:innen nicht viel vom Erhöhen des Pensionsantrittsalters halten, zeigt jedoch eine **aktuelle Gallup-Umfrage**. Dabei wurden 1.000 Personen im Alter ab 16 Jahren befragt. Zwar gaben 48 % an, dass das Pensionssystem ein Thema sei, mit dem sich Österreich dringend beschäftigen sollte. Aber die Antworten seien sehr **„ambivalent, besonders wenn man selbst betroffen wäre“**, erläuterte Andrea Fronaschütz, Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts.

Einschränkungen bei der Korridor pension, ein späteres Pensionsantrittsalter oder höhere Beiträge werden **Großteils abgelehnt**.

Und: „Besonders junge Menschen betrachten die Reform weniger als Sicherung des Pensionssystems, sondern eher als Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit“, so Fronaschütz.

**Interessant:** Den größten Handlungsbedarf bei den Pensionen sieht die Generation der über-50-Jährigen (55 %). Nimmt man noch das Ergebnis dazu, dass nur 27 % für das Arbeiten bis 67 Jahren wären, könnte man fast glauben, dass die Über-50-Jährigen für Reformen plädieren, weil sie davon ausgehen, dass das sie selbst nicht mehr treffen wird („lange Übergangsfristen“), dank dieser Reformen aber ihre eigenen Pensionen erhalten bleiben.

**Ebenso etwas weltfremd** – angesichts der langjährigen Pensionsproblematik – ist das Ergebnis, dass 77 % sich wünschen, nach 42 Jahren im Arbeitsleben die Arbeitszeit reduzieren zu können. Und wie schon erwähnt, lehnen 67 % ab, das Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Details siehe in der folgenden Graphik des Versicherungsjournals:



Graphik: Versicherungsjournal, basierend auf Gallup-Umfrage.

Eine **Anpassung des Pensionsantrittsalters** an die Lebenserwartung könnte dem Staat laut Agenda Austria Kosten in Milliardenhöhe ersparen. **Kommt aber offensichtlich nicht** und falls doch irgendwann, dann sicher mit extrem langen Übergangszeiten, weil man „niemanden überraschend dessen erworbene Rechte wegnehmen dürfe“, so die oftmals gehörte Begründung von Politikern, die natürlich die Abstrafung durch die Pensionisten (immerhin in Kürze die größte Wählergruppe in Österreich) fürchten.

Da sich die Politik, also die neue Regierung noch nicht wirklich zu ernsthaften Reform-Maßnahmen aufrufen konnte, **bleibt es Ihre Aufgabe als Berater:innen Ihre Kunden und Kundinnen** auf die enormen Probleme des staatlichen Pensionssystems und die gewaltige Überdehnung des Budgets des österreichischen Staates eindringlich hinzuweisen. Und die Notwendigkeit der 2. und 3. Säule zu betonen, um den eigenen Lebensstandard auch in der eigenen Pension aufrecht erhalten zu können.

Quellen: Agenda Austria, DER STANDARD, Versicherungsjournal, Krone.at